

Merseburger Correspondent.

Ersteinst:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Samstag früh 7½ Uhr.
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustriertes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Gerateträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Nr. 28.

Mittwoch den 8. Februar.

1893.

Die Bekämpfung der Sozialdemokratie

Der Streit um die Frage, ob es zur Zeit in Deutschland einen Notstand giebt, der ein Eingreifen des Reiches erfordert, oder ob es sich lediglich um die Folgen einer der wirtschaftlichen Krisen handelt, die das künftlich geschaffene Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch von Zeit zu Zeit regulieren, ist beim Etat des Reiches am 2. Februar von neuem wieder aufgenommen worden. Auf diesem beschränkten Gebiet hat eine Erörterung namentlich der Methode, deren sich die Sozialdemokratie bedient, um die arbeitslosen Arbeiter, deren Zahl im Winter ohnehin höher ist, weil die schlechte Jahreszeit die Einstellung einer Reihe von Arbeiten erzwingt, unter ihre Fahne zu sammeln, immerhin eine sachliche Berechtigung. Infolge der Rede des Abg. Bachem in der Mittwochssitzung ist die Debatte auf das uralte Meer des sozialdemokratischen Zukunftsstaats hinausgeführt worden. Der Abg. Bebel hat die peinliche Frage, wie seine Partei sich nach der Vernichtung der bestehenden Gesellschaftsordnung auf der Basis der Ueberführung des gesamten Privateigentums in Eigentum der sozialistischen Gesellschaft die Gestaltung der Dinge vorstelle, wie die in Aussicht gestellte Regelung von Produktion und Konsumtion durch den sozialistischen Staat erfolgen solle, in der Hauptsache abgelehnt mit der nicht gerade beweiskräftigen Wendung, daß ja auch die Anhänger der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht wüßten, wie sich die Verhältnisse in fünf Jahren gestalten würden. In gewissem Sinne ist das ja richtig. Der Unterschied ist nur der: Die Nicht-Sozialisten arbeiten in der ihrer persönlichen oder Parteiauffassung entsprechenden Richtung an der Verbesserung der bestehenden Zustände; die Sozialisten aber erklären jede Verbesserung grundsätzlichs für unmöglich oder wenigstens unwirksam und sind, soweit ihr Einfluß reicht, bemüht, die Arbeiter von der Unteilbarkeit und Verbesserungsunfähigkeit der bestehenden Zustände zu überzeugen und im Uebrigen sie auf den sozialistischen Zukunftsstaat zu verweisen. Auch die scharfsinnigste Kritik dieses Zukunftsstaats wird, fürchten wir, den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiter nicht wesentlich schwächen. Die sozialdemokratische Partei rekrutiert sich in der Hauptsache aus Bevölkerungsklassen, die zur Beurteilung der hier in Rede stehenden Probleme nicht reif sind. Sie sind unzufrieden mit dem, was ist und glauben gern der Versicherung, daß in absehbarer Zukunft alles anders und besser werden wird. Hierin liegt gerade das Bedenkliche des Sozialismus. Er hält die Arbeiter ab, selbst zur Besserung ihrer Verhältnisse die Hand anzulegen und verzichtet auf der andern Seite die Gegner zu der völlig falschen Auffassung, daß die Partei der sozialen Unzufriedenheit durch äußere Mittel des Staates oder der Gesellschaft bekämpft werden könne. Dadurch entzieht auf dem politischen und sozialen Gebiet ein Kampf, der, wie überall da, wo eine geistige Bewegung in Widerspruch tritt mit den Mächten des Staates, der ersten immer neue Nahrung zuführt. In den Augen der Arbeiter werden die Bebel'schen Reden der letzten Tage, in denen der Nachweis versucht wird, daß Alles, was besteht, werth ist, daß es zu Grunde geht, die Bedeutung der Führer der Partei nur in noch betterem Lichte erscheinen lassen. Die Kritik der Wandlungen, welche die sozialdemokratische Partei in den letzten 30 Jahren durchgemacht hat, mag in ihrer Art und vom historischen Standpunkte her richtig sein. Die letzte Wandlung der Partei — Abg. Bebel nannte sie Manöverung — aus einer sozialistischen in eine radikale Arbeiterpartei, die von dem Boden des Bestehenden aus mit dem zur Verfügung stehenden Mitteln an der Verbesserung der Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung arbeitet, wird durch Verhandlungen, wie die letzten im Reichstage, nicht bekräftigt, aber glücklicher Weise auch nicht verzögert. Die sozialdemokratische Partei hat eben zwei Programme; ein theoretisches, welches seine Formulierung auf dem

Erster Parteitag erhalten hat und ein praktisches, welches auf der Basis des früheren Gothaer sich enger an das Bestehende anschließt und hier eine Reihe von Zielen verfolgt, in denen sich die Sozialisten mit den bestehenden liberalen Parteien begegnen und in deren Verfolgung beide Parteien den gemeinsamen Gegnern gegenüber ein großes Süd Westes Hand in Hand gehen können. In diesem Kampfe müssen die spezifisch sozialistischen Utopien mehr und mehr in den Hintergrund treten. Daran werden auch die Verhandlungen im Reichstage nichts ändern können. Mag der Streit zwischen der freisinnigen Partei und der Sozialdemokratie über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit, die Ideale der letzteren zu verwirklichen, noch so helle Funken schlagen — die Gegner können, so laut und lebhaft auch der Beifall ist, den sie dem einen der Streitenden zollen, doch nicht vergessen, daß auf dem Gebiete der praktischen Politik der Gegensatz zwischen ihnen und den Freisinnigen dadurch nicht beseitigt wird. Wenn es endlich um die Besserung der Verhältnisse des Arbeiterstandes zu thun ist, für den wird der Kampf gegen die bestehende Wirtschaftspolitik, die dem giebt der hat und dem nimmt, der wenig hat, die Ungerechtigkeit in der Befreiung der notwendigen Verbrauchsgüter, deren, der von der Hand in den Mund lebt, gegen die Uebermacht nicht des Kapitals — denn die wird so lange bestehen, wie das Kapital selbst — sondern bevorzugte Stände, immer die Hauptaufgabe sein. Nicht das Interesse der Einzelnen — mögen das nun Personen oder große oder kleine Gruppen von Personen sein — sondern das Interesse der Allgemeinheit ist das Ausschlaggebende. Nur darüber darf man sich nicht täuschen: dieses ideale Ziel ist nicht mit einem Schlage, weder durch eine soziale, noch durch eine politische Revolution, sondern nur Zug um Zug zu erreichen. Dafür sorgen die brutalen Thatfachen.

Politische Uebersicht.

Das österreichische Regierungsprogramm für die Bildung einer Regierungsmehrheit ist, wie angekündigt, den Parteien am Sonnabend mitgeteilt worden. Die wesentlichsten Punkte waren bereits vorher bekannt geworden, so daß die Mittheilung nur eine nähere Ausführung des schon Bekannten bot. Das Programm soll bekanntlich alle extremen Richtungen ausschließen. Dementsprechend wird in erster Reihe betont, daß die Regierung unverrückt auf dem Boden der bestehenden Verfassung stehe und Änderungen ihrer Grundprinzipie nicht zukommen werde. In dieser Beziehung wird gesagt: „So wie die Regierung seherzeit bereit sei, im Sinne der von den Delegationen gebilligten auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns die Machtstellung des Reiches mit allen Mitteln zu wahren und zu kräftigen, somit auch für die Entwicklung der Wehrkraft voll einzusetzen, so hält sie auch rückhaltlos fest an dem gegenwärtigen Verhältnisse zu Ungarn, wodurch die Organisation der Monarchie einen dauernden Abschluß gefunden habe.“ — Nach Feststellung dieser Grundlage wird sodann in diesem Programm das Nähere ausgeführt: „Auf diesem Boden erhebt sich der Einklang mit dem österreichischen Staatsgedanken die Wahrung der geselligen Autonomie der Königreiche und Länder, sowie des nationalen Besitzthums der einzelnen Volksstämme und die Verhinderung jedes Uebergriffens. Als geeignetes Mittel zur Förderung des nationalen Friedens anerkennt die Regierung die gesellige Regelung des öffentlichen Sprachgebrauchs unter voller Berücksichtigung der deutschen Sprache als allgemeines Verständigungsmittel, auch für Verwaltungszwecke zunehmenden Bedeutung. Die Regierung wird in dieser Beziehung im Einverständnis mit den beteiligten Parteien anstreben, eine darauf begründete legislative Aktion unterziehen und unter dem ausdrücklichen Vorbehalt ihrer Competenz Veränderungen des nationalen Besitzthums innerhalb ihres ad-

ministrativen Wirkungskreises thunlichst hintanhaltend. Da das Staatsleben auch ein friedliches Verhältnis der verschiedenen Confectionen und Gesellschaftsklassen der Staatsbürger erheischt, wird die Regierung die religiösen Ueberzeugungen achten und schützend, Verletzungen jeder Art entgegenstellen. Die Regierung erachtet die Zurückstellung der kirchenpolitischen Fragen, sowie grundsätzlicher Veränderungen des Reichsvollschulgesetzes im Interesse eines ruhigen Zusammenwirkens für erforderlich und wird bei Anwendung des Schulgesetzes den religiösen Gefühlen der Bevölkerung innerhalb der Gesetze Rechnung tragen. Hinsichtlich des religiösen Gefühls erkennt die Regierung an, daß lediglich die Gutachten der betreffenden Kirchenbehörden maßgebend sind und wird deren Wünschen thunlichst entgegenkommen. Das Programm denkt weiter des Nachdrucks, welchen die Ehrenrede auf die Aufgaben des wirtschaftlichen Lebens lege, stellt hierzu Gesetzesvorlagen in Aussicht und betont die verantwortungsvolle Sorge für die Festigung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, die Durchführung der Regelung des Geldwesens, für eine gerechte Steuerverteilung eine angemessene Förderung der Produktion und des Verkehrs für die Erhaltung und den Schutz der wirtschaftlichen Mittelstände den Ausgleich der sozialen Gegensätze, die Hebung der schwächeren Gesellschaftsklassen, die Bekämpfung der Ausschreitungen des Egoismus und endlich für die Fortbildung des Einzelnen und des Strafrechts. Da keine der vorhandenen Parteien allein die erforderliche Unterstützung zur Durchführung des Programms gewähren kann — so schließt das Programm — erwarte die Regierung, daß die faatserhaltenen gegängigen Parteien und Abgeordneten in eine diesen Anschauungen beipflichtende Coalition treten, welche ein Organ aus ihrer Mitte mit der Aufgabe zu betrauen hat, die Verbindung mit der Regierung ständig aufrecht zu erhalten und die gemeinsamen parlamentarischen und politischen Angelegenheiten zu ordnen.“ — Die Aufnahme, welche das Programm bisher bei den Parteien, aus denen die Mehrheit zusammengefasst werden soll, gefunden hat, läßt die Erreichung des Zieles der Regierung noch sehr zweifelhaft erscheinen. Nur der Klub der Polen nahm eine unbedingt zustimmende Resolution an und erklärte unter Festhalten an seinen bisherigen Grundfassen seine Bereitwilligkeit, die Regierung im Sinne des Programms zu unterstützen. Dagegen lehnte die Deutsche Linke in einer einstimmig gefassten Resolution eine förmliche Coalition sowie ein Hinzutreten auf das Programm ab. Sie erklärte zwar die Billigung der hauptsächlichsten Punkte des Programms, verwahrte sich jedoch gegen den Vorstoß der Regierung, bei der Anwendung des Reichsvollschulgesetzes den Gutachten der kirchlichen Behörden über das, was den religiösen Gefühlen der Bevölkerung entspricht, maßgebende Geltung zu gewähren, da die religiösen Gefühle der Bevölkerung durch die bestehenden Schulgesetze keinerlei Berücksichtigung erfahren. Ebenso äußert sie Bedenken gegen die Vorbehalte bezüglich der Rechte der ercativen und der administrativen Praxis. Zugleich besteht die Partei auf einer wirksamen Fortsetzung der böhmischen Ausgleichaktion, insbesondere der nationalen Bezirksabgrenzung. In dem Schluss der Resolution erklärte der Klub, daß das Verhalten der Partei gegenüber der Regierung wesentlich von der Art der Handhabung des Programms und dem Geiste der Verwaltung abhängen wird. Bei der Verabschiedung sachlicher Vorlagen wird die Partei sich freie Hand wahren und dabei alle wirtschaftlichen Reformen fördern. In ähnlicher Weise bezieht sich auch der konfessionale Höhenartikel, in welchem besondere Unzufriedenheit über die Nichtberücksichtigung der Abänderungsanträge Hohenzollerns herrscht, volle Freiheit vor.

Der preussische Borsensteuergesetzentwurf hat in der Budgetcommission der Deputiertenkammer keine Annahme gefunden. Die Commission beschloß,

einfach eine Steuer festzusetzen, ohne die Erhebung derselben zu regeln, um nicht die gegenwärtige Stellung der Agents de change und der Courtiers zu einander zu verändern. — In der Panama-Affäre scheint gegen die meisten angelegten Parlamentarier das Befahren nachträglich hoch eingestuft werden zu sollen. Nach in Paris umlaufenden Gerüchten soll nur gegen den früheren Minister Balsani vorgegangen werden, da nach der Verfassung kein Abgeordneter wegen seiner Abstimmung verfolgt werden könne. Demnach würden nur die außerhalb des Parlaments getriebenen Madenschäfer der Abgeordneten in Frage kommen. — Inzwischen machen die Boulangeristen große Anstrengungen, um Clemenceau zu compromittieren. Infolge einer Erklärung Rocheforts, Cornelius Herz habe ihm mitgeteilt, daß er 4 Millionen Francs für Clemenceau's Blatt „Justice“ gegeben, beabsichtigt der Abgeordnete Millereux, an die Panama-Untersuchungs-Kommission das Gerücht zu richten, Delegierte nach London zu senden, um Rochefort wegen dieser Erklärung zu vernehmen. Clemenceau erbot sich nach dieser Ankündigung, die Bücher des Journals der Untersuchungs-Kommission zur Verfügung zu stellen.

Im **dänischen** Konsulatswesen beschloß die Kommission des Folketing, die Einführung durchgreifender Reformen zu bekräftigen. Darnach sollen die zupanzig wichtigsten Plätze mit ernannten Berufs-konsuln besetzt, im übrigen die gewählten Konsuln beibehalten, letzteren aber an einigen Orten besoldete Konsulatssekretäre beigegeben werden.

Zum **römischen** Bankstempel wurde in der Sonnabend-Sitzung der **italienischen** Deputierten-Kammer ein Antrag Rubinis verlesen, in Bezug auf die Erklärung Zanongio's, er habe an mehrere Ministerpräsidenten Summen verteilt, eine Untersuchung anzuordnen. Hierauf gab Rubini die Erklärung ab, er habe niemals irgendwelche Summe von der Banca Romana verlangt oder erhalten. Nach einer kurzen Erwiderung des Ministerpräsidenten Giolitti, beschloß die Kammer, die Festsetzung eines Tages für die Beratung des Antrages Rubinis sich vorzubehalten. — Crispi hat den Antrag eines Abgeordneten, ein Comité von fünf Mitgliedern zu ernennen, welches die Beziehung verschiedener Minister zu den Banken untersuchen soll.

Die **spanischen** Republikaner hielten am Sonnabend in Madrid eine Versammlung ab, in welcher ein Zusammenschluß aller Republikaner empfohlen wurde.

Der **rumänische** Thronfolger ist am Sonnabend mit seiner Gemahlin in Bukarest unter lebhafter Begrüßung seitens der Behörden und der Bevölkerung eingetroffen.

Der Emir von **Buchara** hat Russland um die Anerkennung seines Sohnes als Thronfolger; der Prinz soll in Petersburg erzogen werden. Wie verlautet, wäre die Anerkennung bereits erfolgt.

Die neue **hawaiische** Regierung ist nach einem dem Staatssecretär des Auswärtigen in den Vereinigten Staaten, Foster, zugegangenen Telegramm des hawaiischen Ministerpräsidenten Stevens von den diplomatischen Vertretern der auswärtigen Mächte anerkannt worden.

Deutschland.

Berlin, 7. Febr. Gestern Vormittag von 10 Uhr ab arbeitete der Kaiser mit dem Wirkl. Geh. Rath Dr. v. Lucanus und hörte darauf die Vorträge des commandirenden Admirals Frhn. v. d. Goltz, des Vice-Admirals Hollmann und des Contre-Admirals Frhn. v. Senden-Vidran. — Prinz Friedrich August von Sachsen traf gestern Abend in Berlin ein. Gegen Mittag 1 Uhr begab er sich ins königl. Schloß, um sich zunächst bei dem Kaiser als à la suite des Garde-Schützen-Bataillons gestellt persönlich zu melden. Später folgte der Prinz einer Einladung des Kaiserl. Paars zur Frühstückstafel. Nachmittags beabsichtigte der Prinz sich zum Garde-Schützen-Bataillon von hier nach Groß-Lichterfelde zu begeben und nach der Vorstellung des Bataillons von dort aus direct die Rückreise nach Dresden anzutreten.

— Zu Ehren des Generaloberst v. Pape, zu dessen 80. Geburtstag, fand am Sonnabend Abend bei dem Offiziercorps des 2. Garde-Regiments zu Fuß ein Festmahl statt, an welchem, wie an anderer Stelle berichtet, auch der Kaiser theilnahm. Der Kaiser brachte hierbei selbst ein Hoch auf den Jubilar aus, in welchem er demselben nachdrückte, daß sein Leben dasjenige preussischer Offiziere, treuester Pflichterfüllung, hingebender Dienstes von dem Augenblick an gewesen sei, wo er den Ruf der preussischen Armee angenommen habe. Die Figur des Generaloberst v. Pape werde, so lange die preussische Armee existirt, nicht aus ihren Augen verschwinden. Sie sei der Inbegriff der Ritterlichkeit altpreussischer Tradition, hingebenden Gehorsams, der nur keine die Ehre seines Heren und die der Erde und des Ruhmes der Fahnen, die ihm anvertraut sind. Im Anschluß hieran überreichte der Kaiser die Gabe des Regiments, einen

Grenadier des Regiments, der die des Tuches entbehrende Fahnenfänge in der Hand hält. Auf das auf ihn ausgebrachte Hoch erwiderte Generaloberst v. Pape mit einem Hoch auf das Regiment unter dem Ausdruck seines Dankes für die ihm erwiesene Aufmerksamkeit.

— (Ordnungsverlegungen.) Dem Reichskanzler Grafen Caprivi hat der Großherzog von Oldenburg das Ehren-Großkreuz mit der goldenen Krone und den Schwertern am Ringe verliehen. — Geheimrath Hinzpeter hat die königl. Krone zum höchsten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub erhalten.

— (Der Entwurf eines Gesetzes betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten.) welcher dem Bundesrath vorliegt, wird am Montag mit sammt Begründung im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht.

— (Eine internationale Konferenz) betr. Maßnahmen gegen die Cholera wird demnächst in Dresden zusammentreten.

— Die Probe auf die Befähigungstheorie des Grafen Eulenburg.) Welchen Eindruck die Verhandlung des Abgeordnetenhauses über die Nichtbefähigung der Herren Landchaftsrath Maul und Büchler zu Kreisdeputirten in den betreffenden Kreisen gemacht und welche Beurtheilung dieselbe in allen Parteien gefunden hat, darüber giebt ein bezeichnender Vorgang aus den letzten Tagen eine nicht mißzuverstehende Auskunft. In Darkehmen stand auf dem landchaftlichen Kreistag die Wahl eines Landchaftsraths an Stelle des auscheidenden Herrn W. R. Maul-Sprindt auf der Tagesordnung. Die Theilnahme war eine ungewöhnlich große und in der Mehrzahl waren konservative anwesend. Herr Landchaftsrath Maul wurde einstimmig ohne Widerspruch durch Jufur wiedergewählt. Wie man uns mittheilt, hat die Begründung der Nichtbefähigung in dem Kreise Jüterburg Verwunderung erregt. Bisher hatten auch die Konservativen, welche Herrn Maul ihr Vertrauen geschenkt haben, nichts von einem leidenschaftlichen Temperament oder etwas Aehnlichem an ihm gekannt.

— (Reichstagsersagwahl.) Die Candidatur Baach für die Tagswahl zum Reichstage im Wahlkreise Nr. 2 Gargard-Berent ist nummehr von den Antifemiten ebendüchtig zu Gunsten des polnischen Candidaten Herrn v. Kalkstein zurückgezogen worden. Als deutscher Candidat ist bekanntlich Landchaftsdirektor Albrecht-Luzemin aufgestellt. Die Antifemiten aber, die sich mit ihrer nationalen Gesinnung brüsten, stimmen für den Polen.

— (Zur Reichstagsersagwahl in Liegnitz.) Die Minorität der konservativen Partei im Wahlkreise Liegnitz, welche den Grafen Rothkirch-Trach als ihren Candidaten aufstellt, hat einen Wahlaufruf erlassen, in dem es u. A. heißt: „Ueber der Rücksichtnahme, auf Zeitströmungen und über wahlstatistischen Erwägungen steht uns die Wahrung des konservativen Prinzips.“ Die beiden, in dem Wahlkreise erscheinenden konservativen Zeitungen, die „Liegnitzer Ztg.“ und das „Haynauer Tgl.“ haben sich dem Aufruf angeschlossen.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 4. Februar.) Die Debatte über den sozialdemokratischen Zukunftskampf, welche sich aus der sozialdemokratischen Reichstagsdebatte entwickelt hat, kam auch heute im Reichstag noch nicht zum Abschluß. Im Gegentheil: Das Interesse an dieser allerdings abendlichen Diskussion steigert sich sowohl unter den Abgeordneten wie im Publikum. Letzteres beweisen die hier gefüllten Tribünen. Abg. Bebel hielt in der Sitzung am Montag zunächst eine zweistündige Rede, welche indes keineswegs den gegetzten Erwartungen entsprach. Der größere Theil der Rede war eine Entgegnung auf die Rede des Abg. Richter vom Sonnabend. Der Präsident hatte beabsichtigt, nach Bebel's Rede zu schließen, ließ sich aber durch den mehrfach geäußerten Wunsch umhimmeln. Es sprachen alsdann gegen Bebel die Abgg. Böttcher (nationalist.), v. Koscielski (Polen) und zum zweiten Male in dieser Discussion Abg. Bachem (Euz.). Der Herr Bebel setzte darauf Abg. Richter am Schluß der Sitzung in seinen einständigen Rede eine scharfe, in Laufe der Sitzung unvollständige und unmittelbar an Bebel's Verküperungen anknüpfende Danks entgegen. Die Sozialdemokraten gerieten während dieser Rede in wachsende Erregung. In Folge der scharfen Provocation Richters sah sich Bebel genöthigt, in einem Zwischenruf zuzugeben, daß der sozialdemokratische Staat seine Gewalt ausüben werde, indem er die Bürger durch Wortenthaltung der Nahrung zwingt, Ordre zu parkiren. Abg. Liebknecht soll nun am Dienstag versuchen, die Niederlage der Sozialdemokraten wieder gut zu machen.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 6. Februar.) Das Abgeordnetenhaus erledigte heute die zweite Lesung des Etats der Bundesverwaltung, wobei eine ganze Anzahl von lokalen Wünschen zum Vortrag kam. Auf eine Beschwerde des Abg. Richter über die unzeitige Zahlung von Forderungen, welche Handwerker an die Staatskasse hätten, erwiderte Minister Fhelen, er habe durch eine Verfügung den berechneten Liebknecht beauftragt. — Der Etat wurde, obwohl einige Etatsüberschreitungen auch von der Rechten bemängelt wurden, mit einer einzigen Ausnahme angenommen. Dem Antrag der Budgetcommission entsprechend wurde nämlich

die Forderung für die Ausschmückung der langen Brücke in Potsdam mit Eisenornamenten gestrichen. — Die nächste Sitzung findet erst am Donnerstag statt. An erster Stelle steht die Interpellation Scharing-Straum betr. Strafverfolgung gegen ein Mitglied des Haujes auf der Tagesordnung.

— Bei Beginn der Montag-Sitzung des Reichstags wurde ein schleuniger Antrag des Abg. Singer angenommen, den Reichstag zu erfuchen, die Einstellung des gegen den Abg. Frhr. v. Münch bei dem Landgericht Stuttgart wegen Beleidigung schwedischer Strafverfahren für die Dauer der Session zu veranlassen. Der Reichstag hat diesen Antrag ohne Weiteres angenommen, obgleich es sich nicht um ein gegen den Abg. Frhr. v. Münch schwedendes „Strafverfahren“, sondern um den Strafvollzug auf Grund eines rechtskräftigen Urtheils handelt. Der Abg. Frhr. v. Münch ist vom Landgericht Stuttgart angefordert worden, bis zum 20. Februar d. J. entweder die zweimonatige Gefängnißstrafe anzutreten, die gegen ihn erkannt ist, oder den Nachweis zu führen, daß der Reichstag die Einstellung des Strafverfahrens für die Dauer der Session verlangt. Das Landgericht Stuttgart scheint also der Strafvollzug als einen Theil des Strafverfahrens nach Art. 31 der Verfassung aufzufassen. Auf den weiteren Verlauf der Sache muß man gespannt sein.

— Auf der Tagesordnung am Dienstag zusammentretenden Militärcommission steht der von dem Abg. Hünze erstattete Bericht der Subcommission zur Vorberatung der finanziellen Seite der Vorlage. Die Subcommission hat anerkannt, daß die dauernden Ausgaben, welche die Militärverwaltung nach sich ziehen wird, von der Militärverwaltung zureichend veranschlagt worden sind. Zu den einmaligen Ausgaben wird eine solche von 115 Mill. Mark für die Kasernen der Truppen hinzutreten.

— In der Montag-Sitzung der Budgetcommission, in der das Ordinarium des Militäretats für Preußen erledigt wurde, theilte General-Major von Gosler das Ergebnis der Untersuchung mit, welche bezüglich der Verwendung der Mannschaften des Gardebataillons zu Treibjagden am 6. und 7. Januar d. J. eingeleitet worden ist. Darnach haben die Mannschaften sich freiwillig zu dieser Dienstleistung verstanden. Körperliche Nachtheile für die Soldaten sind „nur“ insoweit entstanden, als etwa 30 Mann sich bei der großen Kälte Frostbeulen zugezogen haben.

— In der Commission für das Wuchergesetz wurde am Montag der neue § 302e, wonach mit Gefängniß nicht unter 3 Monaten und mit 150 bis 1500 Mk. Geldstrafe auch der Sachwucher bestraft werden soll, in folgender Fassung angenommen: Diese Strafe soll auch diejenigen, welche mit Bezug auf ein Rechtsgefäß anderer als der in § 302 d bezeichneten Art unter Ausbeutung der Nothlage eines Anderen sich oder einem Dritten Vermögensvortheile verschaffen oder gewähren läßt, welche den Werth der Leistung dergestalt überschreiten, daß nach den Umständen des Falles die Vermögensvortheile in auffälligen Mißverhältniß zu der Leistung stehen. Diese ungebührliche Fassung des Entwurfs wurde dadurch erzielt, daß zunächst auf Antrag des konservativen Abg. Giese der Vorbehalt, daß die unter Strafe gestellte Handlung „gewerbs- und gewohnheitsmäßig“ erfolgt, gestrichen wurde. Demnach wurde auf Antrag des Abg. Dr. Wundel die Strafanforderung, im Falle einer Ausbeutung der Nothlage beschränkt, während die Regierungsvorlage auch die Fälle, wo die Ausbeutung des Reichthums oder der Unersahenheit in Frage steht, einbezog.

Provinz und Ungegend.

|| Halle a/S., 6. Febr. Der seit Langem mit Spannung erwartete Strafprozeß gegen eine Anzahl Vergleute und Sozialdemokraten in Gießen nimmt am 27. d. M. vor der Strafkammer in Gießen seinen Anfang. Angeklagt sind nahezu 20, davon der größte Theil reichstreue Vergleute. Geladen sind eine große Menge Zeugen, das Verhandlungsmaterial ist so umfangreich, daß nahezu eine Woche verhandelt werden wird. Die reichstreuen Vergleute haben zu ihren Verteidigern die Herren Justizrath Hof-Gießen und Rechtsanwalt Dr. Kell, die Sozialdemokraten ein Paar Rechtsbeistände aus Berlin und Leipzig bestellt. Die Sache betrifft jenen Grech vor nunmehr bald zwei Jahren, der sich wegen einer sozialdemokratischen Versammlung, in welche die reichstreuen Vergleute nicht zugelassen wurden, entpand und die ganze Stadt in Aufregung versetzte. Bei dem Tumulte wurden alle möglichen Gegenstände als Waffe gebraucht, der angerichtete mairielle Schaden war ein nicht unbedeutender. Die Anklage lautet nicht auf Landfriedensbruch, sondern auf Hausfriedensbruch, Körperverletzung u. s. w. Unter den Angeklagten befindet sich ein Polizeisergeant und der sozialdemokratische Führer in Gießen, Namens Franke, welcher mit einem Revolver geschossen und auch mehrere Personen verletzt hatte.

Parlamentarisches.

— Der über die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Werthpapiere dem Bundesrath vorgeschlagene Entwurf ist in 14 Paragraphen im wesentlichen folgendes: Ein Kaufmann, welcher im Vertriebe seines Handelsgewerbes Aktien, R. u. Z., Antheilsscheine, auf den Inhaber lautende oder durch Indossament übergebene Schuldschreibungen, oder andere Werthpapiere, mit Ausnahme von Banknoten, unverschlossen zur Aufbewahrung oder als Pfand übergeben worden sind, ist verpflichtet: 1) Solche Werthpapiere unter äußerlich erkennbarer Bezeichnung jedes Hinterlegers oder Verpfänders getrennt von seinen eigenen Beständen und denen Dritter aufzubewahren, 2) ein Handelsbuch zu führen, in welches die Werthpapiere jedes Hinterlegers oder Verpfänders nach Gattung, Nennwerth, Nummern oder sonstigen Unterscheidungsmerkmalen der Stücke einzutragen sind. Der Eintragung steht die Bezugnahme auf Verzeichnisse gleich, welche neben dem Handelsbuche geführt werden. Die Eintragung kann unterbleiben, in so weit die Werthpapiere zurückgegeben sind, bevor die Eintragung in ordnungsmäßigem Geschäftsgang erfolgen konnte. Das Recht und die Pflicht des Verwahrers oder Pfandgläubigers im Interesse des Hinterlegers oder Verpfänders Verwaltungshandlungen vorzunehmen, wird durch die Bestimmung unter 1) nicht berührt. Ein Kaufmann, welcher in seinem Geschäftsbetriebe fremde Werthpapiere einem Dritten zum Zwecke der Aufbewahrung des Umlaufes oder des Bezuges von anderen Werthpapieren, Zins- oder Gewinnantheilsscheinen ausantwortet, hat hierbei dem Dritten mitzutheilen, daß die Werthpapiere fremde seien. Ein Kaufmann, welcher bei ihm deponirte fremde Papiere rechtswidrig veräußert, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 3000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Die Cholera-Epidemie im Saalkreise.

Halle, 7. Febr. Der Stand der Epidemie hat sich seit gestern Mittag nirgends verändert. In der Provinzial-Irrenanstalt ist im Laufe des gestrigen Vormittags eine Frau an Cholera gestorben. Zwei Personen daselbst sind als verdächtig der Untersuchung überwiesen worden, doch ist bereits bei einer derselben festgestellt, daß Cholera nicht vorliegt. In Grötmitz und Lettin befinden sich die Kranken scheinbar sämmtlich auf dem Wege der Besserung. — Nach den neuesten Aufzeichnungen sind bis heute seit Beginn der Epidemie konstatiert worden:

	Erkrankungen	Todte
Irrenanstalt Nietleben	118	51
Trotha	3	1
Wettin	—	—
Grötmitz	3	2
Lettin	2	1
Summa:	126	56

Provinz und Umgegend.

g. Halle, 6. Febr. Seit einigen Tagen ist die Provinzial-Verwaltung in Merseburg durch eine eigene Linie telephonisch mit der Irrenanstalt Nietleben verbunden. Geh. Rath Koch erhält täglich telegraphische Nachrichten, desgleichen berichtet Herr Professor Pfuhl eingehend schriftlich an den Herrn Kultusminister von Boffe.

g. Halle, 6. Februar. Der etwa 40 Jahre alte praktische Arzt Dr. Welker aus Cönnern erhielt heute von hiesiger Strafkammer wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen Ende 1888, ein Jahr Gefängnis. Mildernde Umstände wurden bewilligt, weil Angeklagter sich in einem Zustande momentaner Verirrung befand.

† Weissenfels, 6. Febr. Gestern Vormittag ereignete sich in der Dietrich'schen Papier-Fabrik ein folgenschwerer Unglücksfall. Wie wir in Erfahrung bringen konnten, ist bei Beschäftigung der maschinellen Einrichtungen auf den Director Herrn H. eine schwere Walze eingeführt, so daß er unter derselben zu liegen kam. Schwer verletzt mußte der Bedauernswerthe seiner Wohnung per Gesehir zu geführt werden.

† In Magdeburg fand man am Montag früh die Leiche eines Soldaten vom 66. Inf.-Regt. im Glacis an einem Baume hängen. Der Leichenwähe hatte seiner alten Mutter die Absicht, sich das Leben zu nehmen, am Abend vorher zu erkennen gegeben.

† Wie aus Cöthen berichtet wird, ist die Gehörlose Sängerin aus Wolferode zwar noch immer verschwunden, aber noch nicht aufgefunden worden.

† Nordhausen, 6. Febr. Ein ebenso trauriger als bedauerlicher Fall macht heute viel von sich reden. Der Sohn eines hiesigen Fabrikanten hatte sich, wie

man der S. Ztg. meldet, auswärts mit einer sehr schönen jungen Dame, wie man sagt, Amtmanns-Tochter aus Groß-Salze, verlobt, von dem Verhältnisse aber seinen Eltern keine Mittheilung gemacht. Das junge Mädchen muß mit der Zeit dies wohl gemerkt haben, denn sie trat mit ihrer Schwester vorgeföhrt bei ein, und suchte bei den Eltern ihres Bräutigams sich in der Sache persönlich Klarheit zu verschaffen. Als dieselben in ihrer Ueberrassigung nicht gleich auf alles eingingen, nahm die junge Dame Karbolsäure. Ungachtet sofortiger ärztlicher Hilfe starb die Unglückliche nach wenig Stunden qualvollen Leidens in der Behausung der Eltern ihres Bräutigams.

Localnachrichten.

Merseburg, den 8. Februar 1893.

** Die Erneuerung der Loose zur 2. Klasse 188. königl. preuss. Klassen-Lotterie hat bis zum 10. Febr., abends 6 Uhr, zu erfolgen. Nicht rechtzeitige Erneuerung zieht den Verlust des Anrechtes nach sich.

** Im „Tivoli“ findet heute, Mittwoch, Abend das 6. Abonnements-Concert unseres Husaren-Trompetercorps statt.

** In der Kaiser Wilhelms-Halle hiersebst tritt heute Mittwoch der Zauberkünstler Herr D. de Morino in zwei Vorkesslungen auf. In auswärtigen Blättern werden die Leistungen desselben sehr gerühmt und folgende Nummern aus dem reichhaltigen Programm als sehr interessant hervorgehoben: Das große fommische Paparrotti aus dem Reiche der Gesier oder Wirwar in allen Gän, und der geheimnißvolle Vogelbauer. Von wunderbarer Wirkung sollen ferner diese Riesen-Transparent-Tableaux mit beweglichen Figuren und die Darstellung der Gebirgsnatur und Bergesprache sein, welche die schönsten Theile des Weltalls, Seebürme, Gewitter, Brand, Wasserfälle mit brillanten Lichteffekten in prächtvoller Darstellung zur Anschauung bringen. (Siehe auch Inerat in heutiger Nummer.)

** Vor einigen Tagen gerieth in einem Hause der H. Ritterstraße ein junges Mädchen durch den Leichsin eines Lehrburschen in erste Gefahr. Letzterer hatte die Bretter über der ziemlich tiefen Dingergrube gelegentlich einer Handlung im Hofe so unordentlich aufgelegt, daß das Mädchen am Abend beim Ueberschreiten der Grube mit einem der Bedeckung in dieselbe hineinstürzte. Nur dem Umstände, daß sich in der Tiefe viel Müll und Stroh befand, war es zu danken, daß der Sturz, von einigen Quetschungen abgesehen, keine bedenklicheren Folgen hatte. Dem betr. Hausbesitzer hätte eine schwere Verletzung des Mädchens sehr theuer werden können, da das Haftpflichtgesetz stets denselben für die Nachlässigkeiten seines Personals verantwortlich macht.

** Der Fischbestand unferes Grotthard's-Teiches scheint in diesem Winter bedeutende Verluste zu erleiden. Als in voriger Woche der Schnee theilweise geschmolzen und das Wasser wieder gestoren war, bemerkte man bei einem Gange über den Hinterteich unzählige Fische, welche, auf dem Rücken liegend, in ziemlicher Tiefe im Gise festgefroren sind. Die Fische dürften nach dieser Lage offenbar erst nach ihrem Absterben vom Gise unklammert worden sein. Neuerdings sind nun auf dem Hinterteiche mehrere große Löcher in die Eisfläche gefahren worden, um den Fischen Luft zu schaffen, doch fürchten wir, daß diese Hilfe etwas zu spät gekommen ist. Wer übrigens Gelegenheit hatte, die geradezu unerhörte Verunreinigung des fragl. Gewässers mit seiner eigenen Nase zu prüfen, der konnte über das Schicksal der unglücklichen Teichbewohner kaum noch im Zweifel sein. In solch verfallenerem Wasser würde vielleicht nicht einmal der berüchtigte Kommodobolus vegetiren können.

** Nachdem uns in der Sonntagsnacht wieder einmal 15 Grad Kälte zu Theil geworden, stieg die Temperatur im Laufe des Montags und gestern allmählich bis über den Gefrierpunkt, so daß sich gegen Abend bei Regenwetter das schönste Glatteis bilden konnte. Versäume darum kein Hauswirth das Streuen von Asche oder Sand!

** Vor dem Sittihore gilt gestern Vormittag ein Pferd der 4. Escadron unferer Husaren auf einer eisigen Stelle aus und kam so unglücklich zum Sturz, daß es ein Bein brach. Das Thier wurde in das Schößt Oberreitstrasse Nr. 16 getragen, hier erschossen und bei dem hierauf erfolgten auctionswesenen Verkauf einem hiesigen Rofschlächter zugeschlagen.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, den 6. Februar 1893. Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlungen mit folgenden Mittheilungen: 1) Laut Benachrichtigung des Magistrats zu Erfurt ist der daselbst projectirte gemessene Städte-tag vorläufig vertagt worden. 2) Das Reichs-

gericht hat unterm 16. Jan. d. J. in dem Prozeß der Stadt Merseburg gegen die königl. Regierung hiersebst wegen des von dieser verweigerten althergebrachten Zuschusses zur zweiten Lehrerklasse der Altenburger Schule im Betrage von jährlich 210 Mk. zu Gunsten der Stadt entschieden und die vom Fiscus gegen das Erkenntnis des Oberlandesgerichts zu Naumburg eingeleitete Berufung endgültig abgewiesen. — Die Tagesordnung wird hierauf wie folgt erledigt:

1) Die Wahl von zwei Mitgliedern des Verwaltungsraths der v. Schilder-Wolffersdorff'schen Stiftung wird durch Zufall vollzogen und fällt auf die seitherigen Mitglieder Stadtorator, Richter und Witte.

2) Stadtv. Herbers referirt über den Entwurf des Kämmerei-Gats für 1893/94. Derselbe nimmt einen Communal-Zuschlag zur Klassen- und Einkommensteuer in Höhe von 120 Prozent und einen solchen von 60 Prozent zur Grund- und Gebäudesteuer in Aussicht. Das gesammte Steuerfoll beträgt etwas über 147 000 Mk. Der Gat balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 371 400 Mk. (16 100 mehr als im Vorjahre). Auf Antrag des Referenten wird der Kämmerei-Gat ohne weitere Debatte genehmigt. Ein sich hieran anschließender Antrag der Budget-Commission, den Etatstitel 21, enthaltend Zinsen vom Ablösungskapital für ehem. fiscalische Straßen, mit Rücksicht auf den vollständigen Uebergang der fragl. Straßen in häbitigen Besitz, sowie die einmahnelosen Titel 11—14 in Wegfall kommen zu lassen und die betr. Posten lediglich unter den Ausgaben aufzuführen, wird ebenfalls angenommen.

3) Ref. Stadtv. Rindfleisch. Der 4. Escadron des 12. Husaren-Regiments hiersebst sind bis Mai d. J. 5 Mann aus Weissenfels überwiesen, für welche Privatquartier nicht hat beschafft werden können. Magistrat hat dieselben deshalb in das Cinquartierungshaus aufgenommen und mit einem Kostenaufwande von 475 Mk. die erforderlichen Utensilien herstellen lassen. Diesen Betrag beantragt Referent in Uebereinstimmung mit dem Magistrat den Ueberschüssen des Cinquartierungshauses zu entnehmen. Die Versammlung ertheilt ihre Zustimmung.

4) Ref. Stadtv. Bäge. Magistrat hat dem hiesigen Vaterländischen Frauenverein befanntlich zum Bau einer Krippe u. das erforderliche Terrain von dem Grundrath der Altenburger Kinderbewahranstalt in der Seifnerstraße kostenlos, aber unter der Bedingung des Widerrufs überlassen. Da der genannte Verein zur Ausführung des auf 13 000 Mk. veranschlagten Baus ein Kapital von 7000 Mk. hypothekarisch eintragen lassen muß, hat sich die Nothwendigkeit ergeben, daß auch Grund und Boden in den bedingungslosen Besitz des Vaterl. Frauenvereins übergeben. Magistrat hat sich dem gegenüber zustimmend erklärt unter der Bedingung, daß das Gebäude nur als Krippe für Kinder hiesiger Eltern dient und die Strichschule, sowie den Mädchenverein mit aufnimmt. Ein weiterer Antrag des Vaterl. Frauenvereins, betr. die Mitverwendung des von der Frau Oberpräsidentin v. Wigleben für derartige Zwecke gestifteten und von der Stadt verwalteten Legats im Betrage von 6000 Mark zum Bau der Krippe hat nach Genehmigung der Stifterin beim Magistrat ebenfalls Zustimmung gefunden. Das Kapital soll als zinsfreies Darlehen auf die Dauer von 30 Jahren an zweiter Stelle hypothekarisch eingetragen werden. Referent hat die Vorlage eingehend geprüft und empfiehlt deren Annahme. Die Versammlung genehmigt dieselbe.

5) Referent Stadtv. Schönberger. Die jüngst erlassene landrätliche Verordnung betr. der Abführung menschlicher Abgangstoffe in öffentliche Flußläufe hat im hiesigen Rathhause die Anlage einer Verdünnungsanstalt nothwendig gemacht. Magistrat hat deshalb den Stadtbaumeister mit der Ausarbeitung dieses Projectes beauftragt; derselbe hat der Baubeputation einen Plan nebst Kostenanschlag, welcher letzterer sich auf 1800 Mk. beläuft, vorgelegt und deren Zustimmung erhalten. Nach dem Project soll die Abfallanlage einige kleine Räume im Erdgeschos und ersten Stock am westlichen Giebel des Rathhoses in Anspruch nehmen und für pneumatische Entleerung eingerichtet werden. Das fteher benutzte Messhäuschen wird als öffentliches Bissor beibehalten. Referent bemängelt, daß jährlich eine etwa zehnmalige Abfluth stattfinden muß und beantragt deshalb eine Abänderung des Projectes. Hierüber entspinnt sich eine sehr lebhaft und eingehende Debatte, an deren Schluß die Magistratsvorlage unverändert angenommen wird.

6) Ref. Stadtv. Beckolt. Der General von Trotha auf Schlopau besitzt in hiesiger Stadtkirch 2 Feldparzellen im Gesamtumfang von 44 Morg. und ist deshalb vom Magistrat für 1892/93 mit 66,30 Mk. zur Communalsteuer herangezogen worden. Dagegen hat v. Trotha unter Hinweis darauf, daß beide Pläne im Jahre 1832 als Abfindung für Sühnungsberechtigung überwiesen worden sind, Wider-

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delbrück Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 20 Pfg. durch den Fernträger.
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

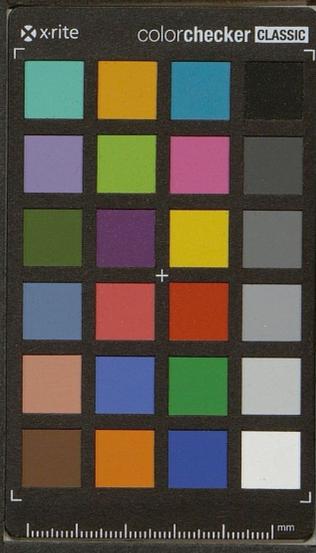
Nr. 28.

Mittwoch den 8. Februar.

1893.

Die Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Der Streit um die Frage, ob es zur Zeit in Deutschland einen Nothstand giebt, der ein Eingreifen des Reiches erfordert, oder ob es sich lediglich um die Folgen einer der wirtschaftlichen Krisen handelt, die das häufig geschaffene Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch von Zeit zu Zeit reguliren, ist beim Glat des Reichstages des Innern von neuem wieder aufgenommen worden. Auf diesem beschränkten Gebiet hat eine Erörterung namentlich der Methode, deren sich die Sozialdemokratie bedient, um die arbeitslosen Arbeiter, deren Zahl im Winter ohnehin höher ist, weil die schlechte Jahreszeit die Einstellung einer Reihe von Arbeiten erzwingt, unter ihre Fahne zu sammeln, immerhin eine sachliche Berechtigung. Infolge der Rede des Abg. Bachem in der Mittwochssitzung ist die Debatte auf das uferlose Meer des sozialdemokratischen Zukunftsstaates hinausgeführt worden. Der Abg. Bebel hat die peinliche Frage, wie seine Partei sich nach der Vernichtung der bestehenden Gesellschaftsordnung auf der Basis der Ueberführung des gesamten Privateigentums in Eigentum der sozialistischen Gesellschaft die Gestaltung der Dinge vorstelle, wie die in Aussicht gestellte Regelung von Produktion und Consumption durch den sozialistischen Staat erfolgen solle, in der Hauptsache abgelehnt mit der nicht gerade beweiskräftigen Wendung, daß ja auch die Anhänger der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht wüßten, wie sich die Verhältnisse in fünf Jahren gehalten würden. In gewissem Sinne ist das ja richtig. Der Unterschied ist nur der: Die Nicht-Sozialisten arbeiten in der ihrer vorläufigen oder Parteiauffassung entsprechenden Richtung an der Verbesserung der bestehenden Zustände; die Sozialisten aber erklären jede Verbesserung grumbefähig für unmöglich oder wenigstens unwirksam und sind, soweit ihr Einfluß reicht, bemüht, die Arbeiter von der Unheilbarkeit und Verbesserungsunfähigkeit der bestehenden Zustände zu überzeugen und im Uebrigen sie auf den sozialistischen Zukunftsstaat zu verweisen. Auch die scharfste Kritik dieses Zukunftsstaates wird, fürchten wir, den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiter nicht wesentlich schwächen. Die sozialdemokratische Partei rekrutirt sich in der Hauptsache aus Bevölkerungsschichten, die zur Beurteilung der hier in Rede stehenden Probleme nicht reif sind. Sie sind unzufrieden mit dem, was ist und glauben gern der Versicherung, daß in absehbarer Zukunft alles anders und besser werden wird. Hierin liegt gerade das Bedenkliche des Sozialismus. Er hält die Arbeiter ab, selbst zur Besserung ihrer Verhältnisse die Hand anzulegen und verzehrt auf der andern Seite die Gegner zu der völlig falschen Auffassung, daß die Partei der sozialen Unzufriedenheit durch äußere Mittel des Staates oder der Gesellschaft bekämpft werden könne. Dadurch entsteht auf dem politischen und sozialen Gebiet ein Kampf, der, wie überall da, wo eine geistige Bewegung in Widerspruch tritt mit den Machtmitteln des Staates, der erleren immer neue Nahrung zuführt. In den Augen der Arbeiter werden die Bebel'schen Reden der letzten Tage, in denen der Nachweis versucht wird, daß Alles, was besteht, werth ist, daß es zu Grunde geht, die Bedeutung der Führer der Partei nur in noch hellerem Lichte erscheinen lassen. Die Kritik der Wandlungen, welche die sozialdemokratische Partei in den letzten 30 Jahren durchgemacht hat, mag in ihrer Art und vom historischen Standpunkte berechtigt sein. Die letzte Wandlung der Partei — Abg. Bebel nannte sie Mauersprung — aus einer sozialistischen in eine radikale Arbeiterpartei, die von dem Boden des Bestehenden aus mit dem zur Verfügung stehenden Mitteln an der Verbesserung der Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung arbeitet, wird durch Verhandlungen, wie die letzten im Reichstage, nicht beschleunigt, aber glücklicher Weise auch nicht verzögert. Die sozialdemokratische Partei hat eben zwei Programme; ein theoretisches, welches seine Formulierung auf dem



man sich nicht täuschen: dieses ideale Ziel ist nicht mit einem Schläge, weder durch eine soziale, noch durch eine politische Revolution, sondern nur Zug um Zug zu erreichen. Dafür sorgen die brutalen Thatsachen.

Politische Uebersicht.

Das österreichische Regierungsprogramm für die Bildung einer Regierungsmehrheit ist, wie angekündigt, den Parteien am Sonnabend mitgeteilt worden. Die wesentlichsten Punkte waren bereits vorher bekannt geworden, so daß die Mittheilung nur eine nähere Ausführung des schon Bekannten bot. Das Programm soll bekanntlich alle extremen Richtungen ausschließen. Dementsprechend wird in erster Reihe betont, daß die Regierung unverrückt auf dem Boden der bestehenden Verfassung stehe und Änderungen ihrer Grundprinzipie nicht zustimmen werde. In dieser Beziehung wird gesagt: „So wie die Regierung jederzeit bereit sei, im Sinne der von den Delegationen gebilligten auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns die Nachstellung des Reiches mit allen Mitteln zu wahren und zu kräftigen, somit auch für die Entwicklung der Wehrkraft voll einzustehen, so hält sie auch rückhaltlos fest an dem gegenwärtigen Verhältnisse zu Ungarn, wodurch die Organisation der Monarchie einen dauernden Abschluß gefunden habe.“ — Nach Feststellung dieser Grundlage wird sodann in diesem Programm das Nähere ausgeführt: „Auf diesem Basis erstreckt der Einklang mit dem österreichischen Staatsgedanken die Wahrung der gesetzlichen Autonomie der Königreiche und Länder, sowie des nationalen Besitzthums der einzelnen Volksstämme und die Verhinderung jedes Uebergriffens. Als geeignetes Mittel zur Förderung des nationalen Friedens anerkennt die Regierung die gesetzliche Regelung des öffentlichen Sprachgebrauchs unter voller Berücksichtigung der deutschen Sprache als allgemeines Verständigungsmittel, auch für Verwaltungszwecke zukommenden Bedeutung. Die Regierung wird in dieser Beziehung im Einverständnis mit den betheiligten Parteien anstreben, eine darauf begründete legislative Aktion unternehmen und unter dem ausdrücklichen Vorbehalte ihrer Kompetenz Veränderungen des nationalen Besitzthums innerhalb ihres ad-

ministrativen Wirkungsbereiches thunlichst hintanzulassen. Da das Staatleben auch ein friedliches Verhältniß der verschiedenen Confessionen und Gesellschaftsklassen der Staatsbürger erfordert, wird die Regierung die religiösen Ueberzeugungen achtend und schärend, Verletzungen der Art entgegenzutreten. Die Regierung erstrebt die Zurüstung der kirchenpolitischen Fragen, sowie grundsätzliche Änderungen des Reichsvolksschulgesetzes im Interesse eines ruhigen Zusammenwirkens für erforderlich und wird bei Anwendung des Schulgesetzes den religiösen Gefühlen der Bevölkerung innerhalb der Gesetze Rechnung tragen. Hinsichtlich des religiösen Gebüses erkennt die Regierung an, daß lediglich die Entschärfen der betreffenden Kirchenbehörden maßgebend sind und wird deren Wünschen thunlichst entgegenkommen. Das Programm gebietet weiter des Nachdruckes, welche die Thronrede auf die Aufgaben des wirtschaftlichen Lebens lege, stellt hierzu Gesetzesvorlagen in Aussicht und betont die verantwortungsvolle Sorge für die Festigung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt, die Durchführung der Regelung des Geldwesens, für eine gerechte Steuervertheilung eine angemessene Förderung der Production und des Verkehrs für die Erhaltung und den Schutz der wirtschaftlichen Mittelstände den Ausgleich der sozialen Gegensätze, die Hebung der schwächeren Gesellschaftsklassen, die Bekämpfung der Ausschreitungen des Eigenwillens und endlich für die Fortbildung des Civilrechtes und des Strafrechtes. Da keine vorhandenen Parteien allein die erforderliche Unterstützung zur Durchführung des Programms gewährleisten kann — so schließt das Programm — erwartet die Regierung, daß die staatsferhaltenen gewöhnlichen Parteien und Abgeordneten in eine diesen Ansprüchen entsprechende Coalition treten, welche ein Organ aus ihrer Mitte mit der Aufgabe zu betrauen hat, die Verbindung mit der Regierung ständig aufrecht zu erhalten und die gemeinsamen parlamentarischen und politischen Angelegenheiten zu ordnen.“ — Die Aufnahme, welche das Programm bisher bei den Parteien, aus denen die Mehrheit zusammenge setzt werden soll, gefunden hat, läßt die Erreichung des Ziels der Regierung noch sehr zweifelhaft erscheinen. Nur der Klub der Polen nahm eine unbedingt zustimmende Resolution an und erklärte unter Festhalten an seinen bisherigen Grundsätzen seine Bereitwilligkeit, die Regierung im Sinne des Programms zu unterstützen. Dagegen lehnte die Deutsche Linke in einer einstimmig gefaßten Resolution eine förmliche Coalition sowie ein Festlegen auf das Programm ab. Sie erklärte zwar die Billigung der hauptsächlichsten Punkte des Programms, verwahrte sich jedoch gegen den Vorstoß der Regierung, bei der Anwendung des Reichsvolksschulgesetzes den Gutachten der kirchlichen Behörden über das, was den religiösen Gefühlen der Bevölkerung entspricht, maßgebende Geltung zu gewähren, da die religiösen Gefühle der Bevölkerung durch die bestehenden Schulgesetze keinerlei Berücksichtigung erfahren. Ebenso äußert sie Bedenken gegen die Vorbehalte bezüglich der Rechte der executiven und der administrativen Praxis. Zugleich besteht die Partei auf einer wirksamen Fortsetzung der böhmischen Ausgleichaktion, insbesondere der nationalen Bezirksabgrenzung. In dem Schluß der Resolution erklärte der Klub, daß das Verhalten der Partei gegenüber der Regierung wesentlich von der Art der Handhabung des Programms und dem Geiste der Verwaltung abhängen wird. Bei der Beratung sachlicher Vorlagen wird die Partei sich freie Hand wahren und dabei alle wirtschaftlichen Reformen fördern. In ähnlicher Weise bezieht sich auch der konfessionelle Klub, in welchem besondere Ungnügen darüber die Nichtberücksichtigung der Abwärtigenstände Hohenzollern herrscht, volle Freiheit vor.

Der französische Börsensteuergesetz Entwurf hat in der Budgetcommission der Deputirtenkammer keine Annahme gefunden. Die Commission beschloß,